

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 7. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 13. Dezember 2021
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 21:40 Uhr
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 48 und 49 vom 2. und 9. Dezember 2021 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmer:

Stadtratspräsidentin	Karin Fankhauser
Stimmzähler	Franziska Maurer Roschi, Ulrich von Känel
Mitglieder des Stadtrates	Roger Aebi, Yves Aeschbacher, Annemarie Althaus, Gabriela Bannwart, Thomas Gerber, Friedrich Gfeller, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Barbara Lüthi, Adrian Merz, Philipp Schärf, Andreas Stettler, Anette Vogt, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti, Ian Thompson, Franziska Maurer Roschi, Manfred Schaffer, Peter Hauser, René Marti, Sabrina Rohrbach, Jürg Grimm, Damaris Hauser, Walter Bangerter, Urs Wüthrich, Debra Marti, Esther Liechti-Lanz, Macarena Matutis Robin, Josef Timoteo Jenni, Christian Hedinger, Elias Maier, Hermann Dür, Mirjam Kalbermatten-Wüthrich, Yves Greisler, Julia Blaser
Entschuldigt	Carmen Baumeler, Karin Karrer-Siegenthaler, Camille Rohn, Mirjam Bucher
Stadtpräsident	Stefan Berger
Mitglieder des Gemeinderates	Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Christoph Grimm, Peter von Arb
Entschuldigt	-

Stadtschreiber	Stefan Ghioldi
Auskunftsperson	Christoph Murali, Leiter Finanzen
Überraschungsgast	Mägi Hene
Protokoll	Brigitte Henzi

Traktanden:

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 8. November 2021	3
- Informationen der Stadtratspräsidentin	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	4
- Orientierung GPK; Verwaltungskontrolle	6
- Orientierung GPK; Datenschutz	7
- Innenstadt Parkhaus AG; Überführung in die Stadt oder Weiterführung als selbständige AG	8
- Modularer Schulbau Schlossmatt, 1. Etappe Gesamtsanierung Schulhaus Schlossmatt, erweiterter Raumbedarf, Planungskredit	10
- Generelle Entwässerungsplanung GEP	12
- Auftrag EVP, SP und Grüne Fraktion betreffend „Einführung eines autofreien Sonntags auf Stadtgebiet“	14
- Auftrag SP-Fraktion betreffend „Problematik Ausbau BLS - Werkstätte im Westen von Bern und Alternativstandort Oberburg“	18
- Auftrag Grünen, EVP, Grünliberalen und SP Burgdorf betreffend Klimanotstand in der Gemeinde Burgdorf	20
- Wahl des Stadtratsbüros 2022 der Präsidentin / des Präsidenten der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten von 2 Stimmezähler	22
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	23

Appell

Der durch die Stimmzählerin Maurer Roschi Franca durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 36 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2021-516 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 8. November 2021

Verhandlung

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 8. November 2021.

SRB: 2021-517 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen der Stadtratspräsidentin

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin begrüsst die Anwesenden zur siebten und letzten Sitzung im Jahr 2021 und informiert über das im Gemeindesaal geltende Schutzkonzept. Im speziellen begrüsst sie als Auskunftsperson Muralt Christoph, Leiter Finanzen, und als Gast Lüdi Michelle, Lernende der Präsidialdirektion, sowie als Überraschungsgast Mägi Hene.

Die Vorsitzende informiert über die besuchten Anlässe, welche sie auch auf der online Sitzungsverwaltung erfasst hat. Die Vorsitzende hat im Technopark in Zürich die Gratulationsworte an Rita Brodmann von Ritas Schirmwelt überbracht, die den Goldenen Nachhaltigkeitspreis der Gesellschaft Idee-Suisse entgegennehmen durfte. Als neues Mitglied im SR begrüsst die Vorsitzende Stadträtin Blaser Julia und wünscht ihr viel Freude im Amt. Im weiteren informiert die Vorsitzende über die Demission von Stadtrat Gfeller Fritz per Ende Jahr. Der SR dankt ihm für sein Engagement und wünscht ihm alles Gute. Seine Nachfolge übernimmt von Allmen Jonas.

SRB: 2021-518 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Stadtpräsident Berger Stefan informiert über den Stand zum neuen Bushof sowie das weitere Vorgehen. Der SR hat vor vier Jahren den Ausführungskredit beschlossen. Man hat bereits damals gesagt, dass es ein Stolperstein gibt und zwar die Kantenhöhen. Der Stolperstein wurde nun zu einem veritablen Knick des Projektes. Stadtpräsident Berger Stefan informiert über die ursprüngliche Baueingabe, die Einsprachen und Einigungsverhandlungen, die Projektüberarbeitung, die durchgeführten eindrucklichen Fahrversuche, den Ausblick und die Termine. Im Anschluss steht er für Fragen zur Verfügung. Die Ausgangslage ist bekannt. Das Perrondach der alten Geleise steht noch nicht unter Denkmalschutz und es besteht noch die Möglichkeit, einen Bushof zu realisieren. Beim Bushof hatte man mit Ergänzungskanten geplant oder Kanten an der Bahnhofstrasse vorgesehen. Es war eigentlich ein schönes und gutes Projekt. Das Projekt war zukunftsorientiert und man hatte Reservekanten eingeplant. Im Fall von Bahnersatz hätte man gute Umsteigeverbindungen gehabt. Das Projekt wurde eingegeben und der Ausführungskredit vom SR genehmigt. Das Projekt hat zu Einsprachen geführt. Der wichtigste Punkt war die Höhe der Anlegerkanten. Es wurde 16er Kanten statt 22er Kanten gewählt, die einen autonomen Einstieg für Menschen mit Rollstuhl und Gehbehinderungen nicht möglich macht. Bei den Einspracheverhandlungen hat man kein umsetzbares Ergebnis erreicht. Es waren schwierige und harte Verhandlungen. Deshalb wurde das Baugesuch sistiert, weil man nicht weitergekommen ist. Man hat auch angefangen Verhältnismässigkeitsbeurteilungen zu machen, also eine Gegenüberstellung von verschiedenen Projekten. Dies wurde eventuell aber zu wenig gemacht, weil für gut 90 Prozent hätte der Bahnhof eine deutliche Verbesserung gebracht und für 10 Prozent wäre es gleichgeblieben wie jetzt. Man hat in der Umgebung geschaut, wie die Bushöfe geplant sind. Es sind viele geplant und viele warten noch auf einen Entscheid. In Thun zum Beispiel sind alles 16er Kanten sowie auch an vielen anderen Orten. Nichtsdestotrotz konnte keine Einigung erreicht werden. Mit der Busland AG hat man abgeklärt, was man für verschiedene Möglichkeiten hat, um den Forderungen der Einsprechenden gerecht zu werden. Man hat geprüft, ob eine Reduktion der Haltekanten allenfalls möglich ist damit ein Betrieb möglich ist. Man hat auch eine Verlagerung des Bahnersatzes geprüft oder eine Umplatzierung einzelner Linien sowie die Zu- und Wegfahrten optimiert und eine mögliche Anpassung des Fahrplans. Die verschiedenen Sachen wurden überarbeitet, die Informationen aufgenommen und die geometrischen Daten überprüft. Die verschiedenen Varianten wurden eingehend geprüft und bewertet. Es musste auch geprüft werden, was es für die Fahrplansicherheit bedeutet oder auch für die Zu- und Wegfahrt der Buse. Man hat sich auf eine Variante festgelegt. Diese wurde auch mittels Fahrversuchen und diversen Busgrössen geprüft. Der Bushof wurde auf dem AMP-Gelände eins zu eins nachgestellt. Es wurde relativ schnell klar, wo es Probleme gibt. Es gab kritische Begegnungen zwischen Personen auf dem Trottoir und den Fahrstolzen vom Bus. Man hat gesehen, dass einiges noch optimiert werden muss. Der Bus kann über die 16er Kanten schwenken, was bei einer 22er Kante nicht möglich ist, vor allem wenn der Bus bremsen muss und sich dadurch etwas senkt. Eine gute Zufahrt ist für den Bus wichtig. Bei engen Bedingungen für den Bus kann ein intakter Fahrplan nicht eingehalten werden. Das Projekt wurde erneut überarbeitet und dieses ist fahrbar und auch umsetzbar. Das überarbeitete Projekt wurde den Einsprechenden aufgezeigt. Im Nachgang haben sie jedoch erklärt, dass sie sich damit nicht einverstanden erklären, weil nicht die 22er Kanten geplant sind. Der Gemeinderat (GR) hat die Situation diskutiert und beschlossen, das sistierte Baugesuch zurückzuziehen. Es wird nun ein neues Baugesuch basierend auf dem neuen Projekt. Dieses sieht 6 Anlegekanten mit der Höhe von 22 cm und 3 Kanten mit der Höhe von 16 cm und keine Reservekanten sowie den Bahnersatz an der Bahn-

hofstrasse. Man reicht bewusst dieses Projekt ein. Man hat verschiedene Varianten geprüft und angeschaut. Es kann wieder Einsprachen geben. Bei Einspracheverhandlungen hätte man jetzt den Vorteil, dass die Varianten aufgezeigt werden können. Das Regierungsstatthalteramt, welche das Gesuch bewilligen muss, hat die Möglichkeit die Sachen zu bewerten und kann dann entscheiden. Man geht davon aus und hofft, dass der Entscheid zugunsten von Burgdorf getroffen wird. Ob ein Gerichtsweg nötig wird, wird sich zeigen. Man hat mit dem überarbeiteten Projekt das Optimum herausgeholt und gute Chance für die erneute Eingabe. Der neue Terminplan liegt vor. Der SR wird auf dem Laufenden gehalten. Man hofft, bald einen neuen Bushof realisieren zu können und zwar bevor das Perrondach unter Denkmalschutz gestellt wird.

Stadtrat Maier Elias möchte wissen, wie es mit den NAF-Geldern des Bundes beziehungsweise der Agglomeration aussieht. Bis wann fließen die Gelder? Gibt es eine Limitierung bis zum Baustart? Kann es sein, wenn es zu gerichtlichen Verhandlungen kommt, dass die Gelder nicht mehr fließen?

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass man sich zuerst die Frage stellen muss, ob man bis vor Bundesgericht gehen will oder nicht. Das muss zuerst geklärt werden, weil es auch ein finanzieller Aspekt ist. Der Spatenstich muss bis ins Jahr 2027 erfolgt sein. Das ist der Vorteil der Agglogelder aus der früheren Variante. Man hat eine sehr lange Umsetzungsfrist. Beim Aggloprogramm 4 ist die Frist viel kürzer für die Umsetzung. Die Zeit sollte deshalb reichen.

Stadtrat Merz Adrian hat zwei Fragen. Darf man konkret wissen, wer die Einsprechenden sind? Wie hoch sind die ungefähren Kosten für die Neuplanung des Projektes?

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass man die Einsprechenden nicht öffentlich machen darf. Die zusätzlichen Kosten belaufen sich zwischen Fr. 100'000.-- und Fr. 200'000.--. Diese Kosten beinhalten die Projektüberarbeitung, die Fahrversuche, die Auswertungen und zusätzliche Planungs- und Projektierungskosten.

Gemeinderat Grimm Christoph informiert über den Stand von Corona in den Schulen. An allen Schulstandorten hat man Ausbruchstests durchgeführt oder werden durchgeführt. Man hat immer wieder Klassen im Fernunterricht, einzelne in Quarantäne und einige Lehrkräfte, die ausgefallen sind. Man kann schlicht und einfach sagen, dass alle am Anschlag sind. Die BKD hat letzte Woche eine Medieninformationen herausgegeben und mitgeteilt, dass die Volksschule am Abend des 21. Dezember 2021 in die Weihnachtsferien geht. Gemeinderat Grimm Christoph zitiert aus der Medieninformation der BKD: "Das schulfreie Zeitfenster bis Weihnachten erhöht die Sicherheit für die Festtage, da vor dem 24. Dezember 2021 mehr Zeit bleibt für ein allfälliges Erkennen von Symptomen und Testdurchführungen (inklusive dem Erhalt der Resultate)." Die Sek 2 hat normal Unterricht, in der Regel bis am 24. Dezember 2021. Man wurde auch gefragt, warum Burgdorf nicht eine strengere Linie fährt. Der Kanton hat gewisse Vorgaben gegeben. Wenn man nun noch gewisse Burgdorfer Regeln macht, hat man zwei Regeln einzuhalten und das ist relativ schwierig. Man hat sich klar an die Richtlinien des Kantons angehängt und diese werden auch so vollzogen. Die Betreuung der TAGI ist für die Tage vom 22. und 23. Dezember 2021 garantiert. Der Betrieb der TAGI läuft wie üblich und die Betreuung ist möglich. Gemeinderat Grimm Christoph informiert zudem über die Sportlerehrung vom 28. Januar 2022. Der Namen der Sportlerehrung hat man geändert und diese heisst neu Sportnacht. Es gibt ein neues Konzept und sie findet nicht mehr am 28. Januar 2022 statt. Sie wurde verschoben und zwar auf den Frühling 2022. Der SR wird zu gegebener Zeit informiert, in welcher Form und wann die Sportnacht stattfinden wird. Voraussetzung für die Durchführung ist insofern, dass man es aus bekannten Gründen auch kann.

Gemeinderat Rappa Francesco hat eine erfreuliche Nachricht für die Grundeigentümerinnen und -eigentümern sowie die Mieterinnen und Mietern. Ab 1. Januar 2022 werden die Abwassergebühren um 25 Prozent gesenkt. Der Abwassertarif sinkt von heute Fr. 1.65 auf neu Fr. 1.40. Die Finanzierung der Abwasserentsorgung der Stadt Burgdorf erfolgt, gemäss übergeordneter Gesetzgebung, aus den Gebühren der daran angeschlossenen Liegenschaften. Diese werden jeweils mit der Energierechnung der Localnet AG in Rechnung gestellt. Rund 65 Kilometer öffentliche Abwasserleitungen, 2'500 Schächte, drei grosse Regenbecken sowie mehrere Pumpwerke sorgen dafür, dass das verschmutzte Abwasser aus Küchen, WCs, Duschen und Waschmaschinen in die zentrale Abwasserreinigung (ARA) in Aefligen geleitet wird. Diese Anlagen müssen in betriebs sicherem Zustand gehalten werden. So schützen wir unser Grund- und Trinkwasser vor Verunreinigungen und können die hohe Qualität erhalten. Diese Qualitäts- und Werterhaltung ist aber aufwändig und entsprechend kostenintensiv. Mit den in den letzten Jahren laufend getätigten Instandhaltungsarbeiten sind die öffentlichen Abwasseranlagen in einem guten bis sehr guten Zustand. Langfristig kann demzufolge die Qualität auch mit geringerem finanziellem Aufwand hochgehalten werden. Aus diesen Gründen kann nun der Bevölkerung auf nächstes Jahr mit der Senkung der Abwassergebühren ein Geschenk gemacht werden. Sämtliche Haushalte werden zeitnah schriftlich über die Senkung der Gebühren informiert.

Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin begrüsst als Überraschungsgast Mägit Hene.

Gemeinderätin Gübeli Charlotte informiert, dass die Stadt Burgdorf seit dem Jahr 2014 Mitglied bei der Kulturlegi ist. Die Kulturlegi ist eine Institution, welche Sozialhilfebeziehenden und EL-Beziehenden die Möglichkeit gibt, kulturelle Veranstaltungen, Sportveranstaltungen und Kurse zu besuchen sowie Zeitschriften zu abonnieren zu einem günstigeren Preis. Die Stadt Burgdorf hat für dieses Angebot jährlich Fr. 10'000.-- aufgewendet. Caritas, welche die Kulturlegi betreibt, hat jetzt ein neues Angebot mit dem Namen Agglo plus. Jetzt besteht die Möglichkeit, dass die Sozialhilfebeziehenden der Anschlussgemeinden Oberburg und Hasle bei Burgdorf auch davon profitieren können. Die Gemeinden Oberburg und Hasle bei Burgdorf wurden angefragt, ob sie mitmachen. Der GR der Gemeinden war der Meinung, dass es eine gute Sache sei. Die beiden Gemeinden zahlen Fr. 500.-- bis Fr. 600.-- im Jahr. Für Burgdorf hat es auch einen positiven Effekt, anstatt der Fr. 10'000.-- zahlt Burgdorf jetzt noch Fr. 6'000.--. Das ist positiv für alle.

SRB: 2021-519 | Registratur-Nr. 1.10.1000.50

Orientierung GPK; Verwaltungskontrolle

Verhandlung

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass die GPK basierend auf diverse Reglemente im Auftrag des SR verschiedene Aufgaben wahrnimmt. Eine dieser Aufgaben ist die Oberaufsicht über die Verwaltung gemäss Artikel 18 des Kommissionsreglements. Um diesem Auftrag gerecht zu werden, führt die GPK unter anderem eine jährliche Kontrolle in der Verwaltung durch. Diese Verwaltungskontrolle kann als Audit verstanden werden und ist eine Momentaufnahme basierend auf Aussagen der befragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie eigener Beobachtungen. Die GPK behandelt diese Aussagen vorurteilslos und unpolitisch. Aus den Aussagen und den Beobachtungen leitet die GPK Erkenntnisse ab und formuliert zuhanden des GR einen Bericht mit möglichem Handlungsbedarf. Die GPK erteilt dabei keine Aufträge, sondern versteht sich als Hinweisgeber für Korrekturen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass der GR im Nachgang einer Verwaltungskontrolle auf kritische Äusserungen in einer gemeinsamen Sitzung mit der GPK reagieren und sich dazu äussern kann.

Damit kann sichergestellt werden, dass der GR auf mögliche Fehlinterpretationen seitens der GPK reagieren kann. Die Einsichtnahme des Berichtes wird nur den Mitgliedern der GPK, dem GR sowie der zuständigen Direktionsleitung in der Verwaltung, in diesem Fall Stadtschreiber Ghioldi Stefan gewährt. Die Verwaltung und der GR entscheiden anschliessend selber, wie sie mit dem Inhalt respektive dem darin formulierten Handlungsbedarf umgehen und diesen anderen Stellen zugänglich machen wollen. Für eine optimale Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und der GPK ist diese Vertraulichkeit notwendig, damit die Interviewpartner sehr offen und transparent kommunizieren können. Am 19. August 2021 wurde die Verwaltungskontrolle in der Präsidialdirektion durchgeführt. Kern der Erhebungen bildeten sechs Interviews mit Mitarbeitenden der Verwaltung auf allen Ebenen, welche von Zweier- respektive Dreier-Teams der GPK durchgeführt wurden. Die GPK dankt an dieser Stelle allen befragten Mitarbeitenden für die konstruktive Zusammenarbeit und die offene Information. Die Resultate der Erhebung wurden am gleichen Tag in den einzelnen Interviewteams respektive im Plenum der GPK zusammengetragen, im Verwaltungskontrollbericht zusammengeführt und mit Handlungsempfehlungen ergänzt. An der ordentlichen GPK-Sitzung vom 21. Oktober 2021 wurde die finale Version des Verwaltungskontrollberichtes verabschiedet und anschliessend den verantwortlichen Personen zugestellt. Die Vorbesprechung des Berichtes fand am 18. November 2021 statt. Die Teilnehmenden, Stadtpräsident Berger Stefan und Stadtschreiber Ghioldi Stefan seitens der Präsidialdirektion sowie Vizepräsident Aeschbacher Yves, Sekretärin Meier-Gubser Stefanie und Präsident Gerber Thomas seitens der GPK, haben den Bericht akribisch durchgearbeitet. Diese Vorbesprechung bildet zusammen mit dem Verwaltungskontrollberichtes die Grundlage für die gemeinsame Sitzung der GPK mit dem GR vom 25. November 2021. Zusammenfassend darf gesagt werden, dass die Präsidialdirektion grundsätzlich einen guten Eindruck hinterlässt und in wenigen Bereichen Handlungsbedarf besteht. Zentraler Bereich ist das Vorantreiben einer einheitlichen direktionsübergreifenden und prozessorientierten städtischen Strategie mit Vermeidung von Widersprüchen bei der Festlegung einzelner Strategien. Ebenfalls gilt es, Funktions- und Stellenbeschriebe sowie das Verzeichnis der Datensammlungen regelmässig zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Die GPK hat den ehrlich positiven Eindruck, dass GR und Verwaltung den Handlungsbedarf erkannt haben und auch willens sind Anpassungen vorzunehmen. Eine schriftliche Stellungnahme des GR betreffend der Umsetzung der Handlungsempfehlungen wird der GPK bis am 31. Oktober 2022 vorgelegt. Die GPK dankt an dieser Stelle nochmals allen Beteiligten für die konstruktive Zusammenarbeit.

SRB: 2021-520 | Registratur-Nr. 1.10.1000.50

Orientierung GPK; Datenschutz

Verhandlung

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass gemäss Artikel 33 Absatz 1 des kantonalen Datenschutzgesetzes (KDSG) jede Gemeinde im Kanton Bern eine Aufsichtsstelle für den Datenschutz bezeichnet. Diese steht unter der Oberaufsicht der kantonalen Datenschutzaufsichtsstelle. Die Stadt Burgdorf hat durch Artikel 18 Absatz 2 des Kommissionsreglements und Artikel 10 des Datenschutzreglements die GPK mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe beauftragt. Die GPK informiert dabei den SR jährlich über seine Tätigkeit als Aufsichtsstelle für den Datenschutz. Dazu dient ein Bericht, der auf der Website der Stadt Burgdorf veröffentlicht wird. Für das Jahr 2021 wurde der Bericht anlässlich der ordentlichen GPK-Sitzung vom 25. November 2021 verabschiedet und aufgeschaltet. Auf eine detaillierte Erläuterung wird verzichtet, da keine Vorabkontrollen im IT-Bereich gemäss Artikel 17 KDSG durchgeführt wurde, keine aufsichtsrechtlichen Anzeigen von Bürgerinnen und Bürgern den Datenschutz betreffend eingegangen sind, keine Zustimmungsgesuche zur Videoüberwachung behandelt

wurden und keine Gesuche um Entbindung vom Amtsgeheimnis eingegangen sind. Die wichtigsten Anfragen aus der Stadtverwaltung können im Bericht eingesehen werden. Zudem muss gemäss Artikel 18 KDSG jede Gemeinde im Kanton Bern ein öffentlich zugängliches Register der Datensammlungen führen, welches darüber Auskunft gibt, welche Sammlungen von Personendaten in der Stadtverwaltung vorhanden sind. Das Register ist ebenfalls auf der Website der Stadt Burgdorf öffentlich zugänglich. Aktuell sind neue datenschutzbezogene Gesetze und Verordnungen in Kraft oder werden in Kürze in Kraft gesetzt. Die zuständigen Stellen der Stadt Burgdorf sind informiert und daran, die neuen Vorgaben umzusetzen.

SRB: 2021-521 | Registratur-Nr. 7.70.7020.10

Innenstadt Parkhaus AG; Überführung in die Stadt oder Weiterführung als selbständige AG

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat von Arb Peter teilt mit, dass es beim vorliegenden Geschäft um die Frage geht, ob die Burgdorfer Innenstadt Parkhaus AG in die Stadt Burgdorf überführt werden soll oder eine Weiterführung als selbständige AG beibehalten werden soll. Wie in den Unterlagen entnommen werden konnte, ist die Auslastung des Parkhauses in den letzten Jahren zurückgegangen. In den letzten drei Jahren betrug die Auslastung rund 17 Prozent. Die Stadt Burgdorf hat mittels Abgeltung einer Gratisstunde oder mit Beitragsfinanzierungen bei Investitionen immer wieder einspringen müssen. Der Verwaltungsrat der Parkhaus AG hat Abklärungen vorgenommen und im Oktober 2020 entschieden, die Überführung der Parkhaus AG den entsprechenden Gremien vorzuschlagen. Als Grundlage dient eine Analyse der BDO AG, welche die Überführung zur Stadt Burgdorf aus finanzieller, aber auch aus organisatorischer Sicht empfiehlt. Gemäss der BDO AG wird ein Verkehrswert von 5.4 Mio. Franken angenommen. Das ist eine Hochrechnung vom amtlichen Wert, der bei 3.8 Mio. Franken liegt und 70 Prozent entspricht, und der Verkehrswert ist dann bei 100 Prozent. Der GR hat das Geschäft diskutiert und entschieden, das Parkhaus zum Buchwert von 3.8 Mio. Franken zu übernehmen und so einen tatsächlichen Wert in der Bilanz aufzunehmen. Das heisst, nicht der Marktwert, sondern auf der Höhe des amtlichen Wertes und dieser wird entsprechend über 40 Jahre abgeschrieben. Weiter hat man Abklärungen zu den Steuerfolgen gemacht. Das noch ausstehende Darlehen von 3.4 Mio. Franken bei der Stadt Burgdorf wird nicht bewertet und führt bei einer Auflösung zu einem Buchgewinn zugunsten des Parkplatzfonds. Wird die Übertragung heute beschlossen, hat die Stadt Burgdorf neu einen Anteil von 37 Prozent an der Miteigentümerschaft des Parkhauses. Die weiteren Grundeigentümer, Burgergemeinde, SPS Immobilien AG und die Stadt Burgdorf, haben der Überführung bereits zugestimmt. Mit der Überführung wird eine schlankere Organisation entstehen und die Entscheidungswege werden einfacher. Das ist sicher ein entscheidender Punkt. Die Betriebskosten werden um rund Fr. 14'000.-- reduziert. Der Buchgewinn vom nicht bewerteten Darlehen von 3.4 Mio. Franken wäre auch ein Vorteil. Wie in der Vorlage aufgeführt, sind gewisse Vorteile bei der Steuerpflicht auf Bundesebene auszumachen. Die Zuständigkeit der Parkplatzbewirtschaftung ist bei der Einwohner- und Sicherheitsdirektion, die Buchführung ist bei der Finanzdirektion und die Liegenschaftsverwaltung beim Bereich Immobilien der Stadt Burgdorf. Verwaltungsintern bleibt es gleich wie bis anhin. Die eigenständige Buchhaltung der Parkhaus AG würde entfallen und neu wird das Parkhaus als Teil des Parkplatzfonds

geführt. Neu kann ein einheitliches Tarifsysteem für das Parkhaus und die öffentlichen Parkplätze festgelegt werden. Die Betriebsführung wird weiterhin durch die Mitarbeitenden der Stadt Burgdorf wahrgenommen. Die Auslastung wird sich aufgrund der Überführung nicht verändern. Man muss sich Sachen einfallen lassen, um eine Steigerung zu erreichen. Das finanzielle Risiko bleibt bei der Stadt Burgdorf und wird weiterhin durch den Parkplatzfonds getragen. Der Buchgewinn von jährlich Fr. 100'000.-- für die Darlehensamortisation zu Gunsten dem Allgemeinen Haushalt fällt weg. Es erfolgt jedoch eine Kompensation mit dem einmaligen Buchgewinn bei der Überführung in die Stadt Burgdorf von 3.4 Mio. Franken. Gemäss GR überwiegen die Vorteile einer Überführung der Parkhaus AG in die Stadt Burgdorf. Auf der Seite 4 der Stadtratsvorlage ist die Zusammenstellung der finanziellen Auswirkungen aufgeführt. Das weitere Vorgehen bei der Auflösung der Parkhaus AG ist ebenfalls auf der Seite 4 beschrieben. Die Auflösung fällt in den Zuständigkeitsbereich des SR. Wenn der SR heute den Beschluss fällt, muss nach der Überführung auch die Anpassung der Parkplatzverordnung auf den entsprechenden Übertragungstermin durchgeführt werden. Geplant ist dies per 1. Juli 2022. Der GR bitten den SR, den Anträgen auf der Seite 4 zuzustimmen. Bei Fragen steht Muralt Christoph, Leiter Finanzen, und Gemeinderat von Arb Peter zur Verfügung.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass man den Anträgen des GR zustimmen wird. Es ist durchaus sinnvoll, dass das Parkplatzangebot in der Stadt Burgdorf aus einer Hand kommt und nicht aus verschiedenen Händen. Zur Erinnerung wird erwähnt, als das neue Ticketingsystem eingeführt wurde, gab es einen Aufschrei, weil man es nicht machen kann. Man wurde jedoch belehrt, dass man nichts machen kann, weil es eine AG ist und man nicht reinreden kann. Man kann neu die Parkplatzsituation als Gesamtes anschauen. Man hofft, dass der GR bereits eine entsprechende Lösung im Hinterkopf hat.

Stadtrat Stettler Andreas, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man die Überführung der Parkhaus AG zur Stadt Burgdorf positiv beurteilt. Man hängt nicht an einer AG, die zu 100 Prozent im Eigentum der Stadt Burgdorf ist. Überzeugt hat die Besserstellung in der Betriebsrechnung von Fr. 14'000.--. In der Vorlage steht, dass allein diese Entlastung einen Übertrag zur Stadt Burgdorf nicht rechtfertigt. Wenn man sich jedoch an die letzte Stadtratssitzung erinnert, wo das Budget 2022 behandelt wurde, das ein Defizit im operativen Geschäft von rund 9 Mio. Franken aufweist, muss man jede Gelegenheit suchen und finden, um Geld zu sparen. Fr. 14'000.-- sind lohnenswert. Es braucht 640 solcher Einsparungen um das Defizit von 9 Mio. Franken wegzubringen. Es braucht viele kleine Schritte, aber es lohnt sich insgesamt. Die Umsetzung der Überführung gibt noch Arbeit. Möglicherweise kann es einen Aufschrei geben in der Oberstadt, wenn die Gratisstunde wegfällt. Die FDP-Fraktion bittet deshalb die Verwaltung, das gut zu kommunizieren, damit die Kirche im Dorf bleibt. Die FDP-Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Stadträtin Rohrbach Sabrina, namens der SVP- und EDU-Fraktion, teilt mit, dass bereits ein grosser Teil der Parkhaus AG der Stadt Burgdorf gehört. Mit der Überführung kann ein Gremium eingespart werden. Mit HRM1 ist eine AG sinnvoll aufgrund der Abschreibungen. Mit HRM2 wird es nicht mehr benötigt. Man hofft, dass der bauliche Unterhalt von der Baudirektion übernommen wird und nicht extern vergeben wird. Der SVP- und EDU-Fraktion ist es ein Anliegen, dass die Gratisstunde im Parkhaus beibehalten wird, damit die Läden in der Oberstadt attraktiv bleiben. Die SVP- und EDU-Fraktion wird der Überführung der Parkhaus AG zur Stadt Burgdorf zustimmen.

Abstimmung

1. Die Parkhaus AG wird aufgelöst und in die Stadt Burgdorf überführt.
2. Der Gemeinderat wird bevollmächtigt, die Liquidation ordnungsgemäss durchzuführen.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2021-522 | Registratur-Nr. 7.70.7010.12

Modularer Schulbau Schlossmatt, 1. Etappe Gesamtanierung Schulhaus Schlossmatt, erweiterter Raumbedarf, Planungskredit

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Grimm Christoph teilt mit, dass der SR am 14. September 2020 einen Planungskredit für den Umbau und die Sanierung des Schlossmattschulhauses bewilligt hat. Heute möchte man einen Zusatz von total Fr. 550'000.-- bewilligt bekommen. Warum ist das so? Wir haben eine neue Ausgangslage. Der SR wurde bereits informiert, dass man mit der Heilpädagogischen Schule (HPS) Diskussionen geführt hat. Die HPS wird nach Abschluss der Sanierung auch Schulräume beziehen. Wir brauchen deshalb zusätzliche Räume. Es werden neun zusätzliche Räume gebaut und das hat seinen Preis. Die Details zur Bauweise und den Zahlen erfolgt durch Gemeinderat Bucher Theophil. Es geht nicht mehr um ein Provisorium, das gebaut werden soll, sondern man kann es auch weiter gebrauchen. Die Schülerzahlen sind noch sehr offen. Man kann jetzt noch nicht sagen, ob wir nach dem Jahr 2034, wenn die Schulraumplanung abgeschlossen werden sollte, diese Schulräume noch brauchen. Die Schulräume können auch weiterverwendet werden. Die Räume bleiben nicht leer. Man hat zum Beispiel in Zukunft eine Verwendung für die Tagesschulen, aber auch für weitere integrative Angebote, wie auch zentralisierte besondere Angebote. Man kommt auch der Forderung entgegen, die der SR auch immer wieder macht, dass genügend Schulraum vorhanden ist. Man baut aber nicht einfach leeren Schulraum, der nicht gebraucht wird. Der Schulraum wird gebraucht und sonst kann dieser an einem anderen Ort verwendet werden. Heute liegt dem SR ein Nachtragskredit von total Fr. 550'000.-- vor. Der SR wird gebeten, den Nachtragskredit zu genehmigen. Der Schulraum wird für die Volksschule im Schlossmatt im Jahr 2023 benötigt.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass die Baudirektion mit dem Projekt "Modularer Schulbau Schlossmatt" das zur Umsetzung vorbereitet hat, was die Bildungsdirektion bestellt hat. Das Projekt ist Teil des 13-Schritte-Plans, der dem SR bekannt ist. Es wird allerdings nicht genau der erste Schritt umgesetzt, der im ursprünglichen Plan aufgezeigt worden ist. Es werden in diesem Schritt bereits Elemente integriert, die ursprünglich erst später vorgesehen waren. Dies aus verschiedenen Gründen. Erstens steigt der Bedarf rascher, zweitens macht es keinen Sinn, Stockwerke nur teilweise zu bauen und später zu ergänzen und drittens hat die HPS einen Raumbedarf angemeldet, den wir damit abdecken können. Der zusätzliche Raum kann vorübergehend vermietet werden und steht später für die Sanierungsphase zur Verfügung. Man startet also nicht mit einem kleinen, sondern gleich mit einem

grösseren Schritt. Dies ist auch effizienter, als in mehreren kleinen Schritten vorzugehen. Wie im Bericht aufgezeigt, wird mit diesem ersten Schritt ein rund drei- bis viermal höherer Raumbedarf abgedeckt als im ursprünglichen Plan vorgesehen. Die Baukosten werden entsprechend höher sein, aber spätere Sanierungs- und Ausbauschritte werden damit entlastet. Die genauen Kosten sind jedoch erst mit dem Ausführungskredit im Sommer 2022 bekannt und werden dann dem SR vorgelegt. Die Ausführung wird nach dem Kreditbeschluss in Angriff genommen. Der Bau startet im Frühling 2023. Stadträtin Bannwart Gabriela hat richtig festgestellt, dass im Bericht diesbezüglich eine falsche Jahreszahl steht. Ein wichtiger Aspekt in diesem Geschäft ist die bauliche Form dieses Schulbaus. Dazu haben wir vor einem Jahr bei der ersten Vorlage bereits ausführlich informiert. Mit diesem modularen Schulbau setzen wir ein Zeichen für nachhaltiges Bauen. Nachhaltig in verschiedener Hinsicht. Wir bauen qualitativ hochwertig und mit einheimischem Holz. Die Module sind multifunktional und aufwärtskompatibel, das heisst sie können ergänzt, aufgestockt und später bei sich veränderndem Bedarf an einen anderen Standort verschoben werden. Die Grundstruktur kann für unterschiedliche Anwendungen angepasst werden wie Klassenzimmer, Kindergarten, Büronutzung oder allenfalls später für eine Basisstufe. Die Bauweise ist nicht auf eine kurz- und mittelfristige Nutzung angelegt, sondern für eine langfristige Verwendung über zwei bis drei Generationen. Die Modulbauten haben die Qualität eines vollwertigen Schulhauses mit vergleichbarer Lebensdauer. Wenn der mit diesen Modulen geschaffene Schulraum dereinst, das heisst nach Abschluss der Sanierungsphase, nicht mehr benötigt wird, können die Module veräussert werden oder sie stehen als vollwertiger Schulraum zur Verfügung, wenn der Bedarf zu diesem Zeitpunkt entsprechend höher sein sollte. Der grössere Raumbedarf und das grössere Bauvolumen bedingen auch einen höheren Projektierungskredit, da bei dieser modularen Bauweise die Bestellung schon ganz viele Details der Ausführung enthalten muss. Der GR beantragt dem SR die Genehmigung des Nachkredits von Fr. 260'000.-- für die Projektierung des modularen Schulbaus Schlossmatt.

Stadträtin Althaus Annemarie, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man die ausführliche Dokumentation und die Erläuterungen zur Kenntnis genommen hat und eingehend diskutiert hat. Durch die veränderte Ausgangslage, die zusätzlichen neuen Schulzimmer und die Integration der HPS, erhöhen sich die Planungskosten, was unbestritten ist. Wie aus den Unterlagen ersichtlich, sollen die vorgesehenen Holzmodulbauten eine Co2 neutrale und nachhaltige Bauweise erlauben. Die SP-Fraktion erwartet in diesem Kontext, dass für die Erstellung der Gebäude, wenn möglich Emmentaler Holz und nicht nur einheimisches Holz verwendet wird. Das wäre ein weiterer Beitrag zur Klimavision. Die SP-Fraktion wird dem Planungskredit für den modularen Schulbau Schlossmatt zustimmen.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass es unbestritten ist, die Planung der Schulräume an die Hand zu nehmen. In der vergangenen Zeit hat man es bereits mehrmals diskutiert. Wir stehen am Anfang von einer sehr langen Reise. Die Investitionskosten betragen alles in allem total 110 Mio. Franken. Jetzt liegt der erste Schritt vor. Die GLP-Fraktion erwartet, dass bei der Konkretisierung auch erläutert wird, wie die 110 Mio. Franken finanziert werden können und wie der Ablauf aussieht. Es wird eine langfristige Perspektive erwartet, auch im Verlauf des Planungsprozess. Der SR soll die Schulplanung nicht stückchenweise genehmigen, sondern immer als Gesamtbild. Wenn man über Kosten spricht, ist es auch gerechtfertigt, wenn man transparent ist wie zum Beispiel bei der Integration der HPS. So etwas darf und soll man transparent machen. Es ist auch durchaus gerechtfertigt, wenn man in Varianten spricht und man sieht, was es für Optionen gibt. Man muss nicht allzu fest ins Detail gehen. Man hat gehört, zumindest in der neuen Zusammensetzung, dass die Volksschulkommision nicht oder nur am Rande integriert wurde. Wenn die Volksschulkommision auch als Aufgabe strategische Teile hat und quasi auch die Oberaufsicht der Volksschule hat, ist es zwingend notwendig, dass die Kommission stärker miteinbezogen wird. Die GLP-Fraktion wird dem Antrag des GR zustimmen. Mit dem gemachten Votum soll die Erwartungshaltung für die zukünftigen Diskussionen klargestellt sein.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, dankt für die Stadtratsvorlage. Es ist wenig überraschend, dass bei einem Projekt, das man bis ins Jahr 2034 plant, nicht alles so kommt wie man es von Anfang an plant. Abweichungen bei den Kosten sind zu erwarten gewesen und wurden gut begründet. Die Grünen-Fraktion wird dem Antrag des GR zustimmen.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass es nicht nur die Idee ist Emmentaler Holz zu verwenden, sondern sogar Sturmholz. Man wird möglichst einheimisch und emmentalisch Schaffen. Der 13. Schritte Plan wird laufend aktualisiert. Der SR wird transparent informiert über den Stand der Dinge. Das ist ein Working in Progress, das man nicht definitiv bis zum Ende planen kann. Man geht nach bestem Wissen und Gewissen vor. Man muss aber immer auf die Situation reagieren können und situativ den Plan anpassen. Der GR kann leider nicht Kaffeesatz lesen.

Gemeinderat Grimm Christoph teilt mit, dass die Volksschulkommission sehr wohl in diesem Prozess integriert gewesen war. Dies zwar über Jahre hinweg während der Schulraumplanung. In der neusten Zeit ist es nicht mehr darum gegangen wie die Details ausgeführt werden. Die Details der Ausführung muss man aufgrund der Schülerzahlen planen. Es kann nicht der Entscheid der Volksschulkommission sein, wo man ein Schulhaus baut. Die Volksschulkommission wurde immer informiert, vor allem in der Vergangenheit. Die Schulraumplanung hat im Jahr 2016 begonnen.

Abstimmung

Der Stadtrat bewilligt für die Projektierung des Holzmodulbaus Schulhaus Schlossmatt einen Nachkredit von CHF 260'000.00 (Sachgruppen-Nr. 5040.01 Hochbauten, Kostenstellen-Nr. 7010.5040.21 Projektierung modularer Schulbau Schlossmatt).

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig den Antrag.

SRB: 2021-523 | Registratur-Nr. 2.22.2210

Generelle Entwässerungsplanung GEP

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass in der Stadtratsvorlage genügend erörtert wurde, um was es beim GEP geht. Sämtliche Fragen im online Tool, für welche sich der GR bedankt, wurden beantwortet. Aus zeitlichen Gründen wird auf die Fragen nicht eingegangen. Man geht davon aus, dass alle interessierten Mitglieder des SR die Antworten gelesen haben. Speziell erwähnen möchte Gemeinderat Rappa Francesco Stadtrat Hedinger Christian, welcher sich beim zuständigen Bereichsleiter Riesen Hans-Jörg gemeldet hat. Gemeinderat Rappa Francesco dankt ihm, auch im Namen von Riesen Hans-Jörg, für das konstruktive Gespräch. Man kann sich jederzeit problemlos bei Fragen oder Unklarheiten beim Bereich Hochbau melden. Es ist im Interesse von uns allen, dass der GEP periodisch überprüft

werden muss. Mit der positiven Überweisung dieser Vorlage übernimmt der SR die nötige Verantwortung für den wichtigen Unterhalt der städtischen Siedlungsentwässerung.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, teilt mit, dass die Kanalisationsleitungen und Abwasserreinigungsanlage im letzten Jahrhundert erstellt worden sind, um Krankheiten zu vermeiden, die Gewässer sauber zu halten und die Umwelt zu schützen. Aus diesem Grund müssen die Abwasseranlage und die Leitungen von Gesetzes wegen dicht sein. Das Abwassernetz der Stadt Burgdorf besteht aus 65 Kilometer öffentlichen Leitungen und diese sind in einem guten Zustand. Anders sieht es bei den privaten Leitungen aus, die 60 Kilometer lang sind. Diese werden offensichtlich durch die Eigentümer eher schlecht bis gar nicht überprüft. Das erstaunt eigentlich wenig, denn sie sind im Untergrund verborgen und eigentlich auch nicht sichtbar. Grundsätzlich ist aber jeder Eigentümer verpflichtet, seine Abwasseranlage in betriebs sicheren Zustand zu halten. Die Vernachlässigung im Unterhalt führt dazu, dass rund 70 Prozent der privaten Leitungen undicht sind und Schmutzwasser in den Untergrund versinken kann. So erfüllen sie die Anforderungen des Gewässerschutzes nicht und gefährden das Grundwasser und letztendlich auch die Trinkwasserversorgung in der Region. Auch der korrekte Anschluss von Strassen und Platzentwässerungen an die Kanalisation muss sichergestellt werden. Gerade in den alten Quartieren kann dies nicht überall der Fall sein. Mit der generellen Entwässerungsplanung (GEP) erstellt nach den Vorgaben des Kantons kann sichergestellt werden, dass die Abwasseranlage und Leitungen unterhalten werden, korrekt angeschlossen sind und richtig funktionieren. Zudem kann die Entwicklung der Stadt Burgdorf und die klimatischen Veränderungen berücksichtigt werden. So kann zum Beispiel bei einem Unwetter ein Rückstau aus dem Abwassernetz in die angeschlossenen Liegenschaften verhindert werden. In der GEP werden die Wiederbeschaffungswerte der Anlagen ermittelt und die Sanierungsmassnahmen festgestellt. Der GEP ist auch die Grundlage für die langfristige Finanzplanung und die Festlegung der Gebühren. Die Finanzen müssen langfristig sichergestellt werden. Wie Gemeinderat Rappa Francesco bereits erwähnt hat, können die Gebühren auch entsprechend angepasst werden. In den letzten Jahren wurden jährlich rund Fr. 300'000.-- bis Fr. 400'000.-- mehr eingenommen als ausgegeben. So ist der Bestand der Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung auf 5.8 Mio. Franken angestiegen. Deshalb begrüsst die Mitte-Fraktion die Gebührensenkung ab 1. Januar 2022 um satte 25 Prozent. Das ist sicher angebracht. Nach der Überarbeitung der GEP und der Festlegung der entsprechenden Massnahmen, die daraus resultieren, kann man die Situation nochmals überprüfen. Die Projektkosten von 1.63 Mio. Franken fallen über fünf Jahre ab und können über den Abwasserfonds finanziert werden. Für die Mitte-Fraktion ist wichtig, dass die Zusage des Kantonsbeitrages rasch beantragt wird. Bis zum Abschluss des GEP in fünf Jahren kann sich die Gesetzgebung wieder ändern, so dass die Stadt Burgdorf entsprechend kein Geld mehr bekommen kann. Um die Umwelt, die Gewässer und die Gesundheit zu schützen, dürfen wir die Erneuerung und Instandhaltung der Abwasseranlage nicht vernachlässigen. Die Mitte-Fraktion stimmt den Anträgen zu.

Stadtrat Schaffer Manfred, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man sich mit der Vorlage konstruktiv und kritisch auseinandergesetzt hat. Die daraus entstanden Fragen wurden verdankender Weise von Gemeinderat Rappa Francesco frühzeitig beantwortet. Es ist wichtig und richtig, dass die Abwasserleitungen im öffentlichen und privaten Bereich kontrolliert werden. Es fehlt jedoch der Anreiz bei privaten Anschlüssen, dass eine verbindliche Sanierung gewährleistet ist. Man möchte in der Presse nicht lesen, dass Burgdorf eine Grundwasserverschmutzung hat. Die SP-Fraktion hat Vertrauen in den GR und die zuständige Direktion. Bei einer Abwasserleitung, die in einem sehr schlechten Zustand ist, soll der GR oder die zuständige Direktion insistieren, damit die Leitung baldmöglichst instand gestellt wird. Im Grundsatz wird die SP-Fraktion die vorliegende Vorlage unterstützen.

Stadtrat Maier Elias, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man mit dem GEP bildlich in den Abgrund der Stadt Burgdorf geht. Den Bürgerinnen und Bürgern ist es aber oftmals nicht bewusst, wie wichtig ein funktionierendes Abwasser- und Entwässerungssystem ist. Deshalb sollte man auch gut dazu Sorge tragen, selbstverständlich auch die Privaten, vor allem auch beim Unterhalt. Das ist auch nachhaltig, wenn auch das Thema politisch nicht so sexy ist und ein entsprechendes Preisschild hat. Man kann festhalten, dass die nachhaltige Bewirtschaftung von Sanitärversorgung auch dem sechsten Ziel der UNO Nachhaltigkeitsziele entspricht. Die FDP-Fraktion dankt deshalb dem GR für die sorgfältige Ausarbeitung des Geschäftes, für die gemachte Submission und vor allem für die Beantwortung der Fragen im online Tool mit der Aufschlüsselung der einzelnen Teilprojekte. Die FDP-Fraktion begrüsst ebenfalls die zwei bereits erwähnten Punkte. Erstens die Gebührensenkung ab dem 1. Januar 2022. So können auch die Bürgerinnen und Bürger etwas entlastet werden und somit wird auch das Kostendeckungsprinzip der Gebühren eingehalten. Man hofft, dass es nicht bei einer temporären Senkung bleibt wie es in der Vorlage steht. Zweitens hofft man, dass beim weiteren Vorgehen das Notwendige gemacht wird und das Kostendach nicht überschreitet. Der Kredit kann im besten Fall auch unterschritten werden. Vom GR und der Verwaltung wird erwartet, dass man alles daransetzt, dass die Kantonsbeiträge wirklich auch fliessen. Gemäss der Stadtratsvorlage sind diese noch nicht verbindlich zugesichert und der Beitrag ist noch nicht bekannt. Die FDP-Fraktion stimmt trotzdem der Vorlage zu.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass man den Anträgen des GR zustimmt. Stadtrat Hedinger Christian hat sich bei der Verwaltung erkundigt. Man kann sagen und hat den Eindruck, dass sie es gut im Griff hat. Es ist zum Beispiel so, wenn eine private Leitung nicht dicht ist, kann die Stadt Burgdorf eine Verfügung zu stellen, damit die Leitung saniert werden muss. Man hat ein Druckmittel zusammen mit den Anreizen der kantonalen Finanzen. Es ist ein gutes Geschäft und kann umgesetzt werden.

Abstimmung

1. Das Projekt „Überarbeitung Gesamt-GEP“ mit Gesamtausgaben von CHF 1'630'000.00 wird genehmigt.
2. Für die Ausführung wird ein Kredit in der Höhe von brutto CHF 1'630'000.00 genehmigt (Sachgruppen-Nr. 5292.01 Übrige immaterielle Anlagen, Kostenstellen-Nr. 2210.5292.02 Genereller Entwässerungsplan GEP).
3. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2021-524 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

Auftrag EVP, SP und Grüne Fraktion betreffend „Einführung eines autofreien Sonntags auf Stadtgebiet“

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass der vorliegende Auftrag den Charakter einer Richtlinie hat, da der Gegenstand in die abschliessende Kompetenz des GR fällt. Im Sinne des vom SR vor zwei Jahren proklamierten Klimanotstandes unterstützt der GR die Ziele des Auftrages. Solche Anlässe können das Bewusstsein für eine nachhaltige Mobilität fördern und auch wertvoll sein für die Lebensqualität in der Stadt Burgdorf. Was die Umsetzung eines solchen "carfree days" kostet, ist schwierig abzuschätzen. Dies hängt stark von der Grösse des Anlasses ab. Deshalb schlägt der GR vor, und ist auch bereit dazu, in einem ersten Schritt ein Konzept zu erstellen. Daraus werden die Kosten für die Durchführung eines solchen "carfree days" ersichtlich sein, abhängig von der Form und der Grösse des Anlasses. In seiner Diskussion hat der GR insbesondere auch die Formulierung "auf Stadtgebiet" vertieft angeschaut. Eine Umsetzung auf dem gesamten Stadtgebiet ist nicht möglich, da damit auch Kantonsstrassen betroffen wären. Sofern der SR den Auftrag überweist, wird der GR deshalb im Konzept Umsetzungsvarianten vorschlagen, welche auf die Quartiere abstützen und allenfalls quartierweise möglich sind. Dies auch abhängig von der Initiative und der Mitwirkung der Quartiervereine und Leiste. Der GR beantragt dem SR, den Auftrag mit geänderten Wortlaut anzunehmen.

Stadtrat Greisler Yves, namens der Mitte-Fraktion, teilt mit, dass man einmal mehr erstaunt ist, mit welcher grosser Motivation und wohlwollendem Wortlaut gewisse Aufträge vom GR angepasst werden, damit er sich der neuen und anscheinend wichtigen Herzensangelegenheit widmen kann. Es ist ganz klar nicht die Aufgabe der Stadt Burgdorf einen jährlich wiederkehrenden autofreien Sonntag in den Quartieren zu definieren und mitzugestalten. Das ist ganz klar der falsche Weg. Richtigerweise wäre es die Aufgabe und die Initiative der Quartiervereine solche Aktionen zu organisieren und bei der Stadt Burgdorf entsprechende Bewilligungen einzuholen. Allerdings ist bei solchen Unterfangen nicht mit uneingeschränkter Solidarität von allen Quartierbewohnern zu rechnen. Es gibt doch einige, die am Sonntag ihrer Arbeit nachgehen und zum Teil auf das Fahrzeug beziehungsweise auf ein Zu- und Wegfahrt angewiesen sind. Ob eine solche Aktion tatsächlich das Bewusstsein für eine emissionsfreie Mobilität, Nachhaltigkeit und das soziale Miteinander stärkt, ist fragwürdig. Hierbei geht es nicht um ein Miteinander im Strassenverkehr, sondern um die Einschränkung der individuellen notabene bereits immer grösser werdenden ökologischen Mobilität. Im weiteren ist es ein Armutszeugnis, wenn ein soziales Miteinander anscheinend nur auf abgesperrten Quartierstrassen gelebt werden kann. In einer Millionenmetropole mag diese Idee ihre Berechtigung haben. Hier in Burgdorf mit dem wunderbaren und grossen Naherholungsgebiet wirkt es aufgesetzt. Nebst den entsprechenden Kosten, welche die Vorlage einmal mehr generiert, ist wohl auch bei der Umsetzung mit Einsparungen zu rechnen. Am Beispiel der Stadt Bern sieht man klar, dass der Nutzen und die Kosten beziehungsweise der Aufwand und Ertrag anscheinend in keinem Verhältnis stehen. Bern hat nur während sechs Jahren ein "carfree day", ein sogenannter autofreier Sonntag, jährlich in wechselnden Quartieren durchgeführt. Im letzten und für die kommenden Jahre ist der autofreie Sonntag den Sparbemühungen der Stadt Bern zum Opfer gefallen und das ausgerechnet beim bekanntermassen autofeindlichen Bern. Das sagt im Prinzip alles. Die Mitte-Fraktion wird deshalb den überparteilichen Auftrag ganz sicher nicht unterstützen.

Stadtrat Hauser Peter, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man mit dem abgeänderten Wortlaut des GR einverstanden ist. Ein autofreier Sonntag in einem oder mehreren Quartieren in Burgdorf trägt nicht viel dazu bei, dass weniger Benzin verbraucht wird, aber es ist auf jeden Fall ein Zeichen, es fördert das Bewusstsein und man kann darüber nachdenken, wie man im Alltag damit umgehen will. Es ist für die Stadt Burgdorf mit dem Klimanotstand, dem Energielabel und der Klimaforce sicher würdig einen autofreien Sonntag zu gestalten. Natürlich muss man wissen, was es heisst auf Teilen des Stadtgebietes. Man ist gespannt auf ein gutes Konzept.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass ein autofreier Sonntag guttut. Wie das Ganze aber organisiert werden soll, da gibt es verschiedene Vorstellungen. Ein autofreier Sonntag mit einem Konzept zur Durchführung aus gemeinderätlicher Hand. Ist das wirklich Aufgabe der Stadt Burgdorf bezahlt mit Gelder von der Bevölkerung? Man muss es mit allen anderen Aufgaben, die sonst noch zu erfüllen sind, gut überlegen. Klima und Umwelt ist der SVP-Fraktion nicht egal und auch für Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara persönlich ist das Thema schon aus beruflichen Gründen nicht egal. Es muss aber wieder einmal mehr festgestellt werden, dass es ein Auftrag ist, mit dem man öffentliche Aufmerksamkeit generieren kann. Man findet damit Platz in den Medien. Über Nachhaltigkeit wird nichts gesagt, weil es nett ist, schnell ein autofreier Sonntag und ein Wochenende später schnell mit dem Flugzeug ein Einkaufstrip zum Beispiel nach Berlin planen. Man soll einen solchen Sonntag machen, aber bitte nicht mit Ressourcen der Stadt Burgdorf. Stadträtin Lüthi-Kohler hat persönlich ein autofreier Sonntag letztes Wochenende gemacht, aber nicht medial verkauft. Die SVP-Fraktion lehnt den Auftrag ab.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man auf den ersten Blick eigentlich gar nicht gegen das Anliegen sein kann, vor allem als grünliberale Partei. Der Vorstoss setzt sich unter anderem für die Sensibilisierung, für weniger Individualverkehr und mehr emissionsfreie Mobilität sowie den Langsamverkehr ein. Etwas, wo man ganz und gar nicht dagegen ist. Heutzutage ist man jedoch an einem ganz anderen Punkt wie noch vor Jahrzehnten, als die Durchführung von autofreien Sonntagen erstmals in Erscheinung getreten sind. Burgdorf ist eine sehr velofreundliche Stadt und verfügt über ein gutes Velonetz. Der emissionsfreie Individualverkehr ist durch die Elektromobilität im Vormarsch. Somit ist die Sensibilisierung da und der Trend nicht mehr aufzuhalten. Der Vorstoss ist eine Beschäftigung der Verwaltung mit fragwürdigem Mehrnutzen. Schon heute können solche "carfree days" in Teilen von Quartieren stattfinden. Also genau das, was der GR in seinem Antrag vorschlägt. Für das braucht es aber kein neues Konzept. Für das sind organisationstechnisch die Quartiervereine genügend. Städtische Ressourcen, wenn man über das Thema spricht, werden besser in ein noch besseres Velonetz und bessere Rahmenbedingungen für elektrisch betriebene Fortbewegungsmittel gesteckt. Aus diesen Gründen kann die GLP-Fraktion den gut gemeinten Vorstoss nicht unterstützen und votiert für eine Ablehnung.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, dankt dem GR für die positive Haltung zum überparteilichen Auftrag. Bei den Argumenten gegen den Auftrag stellt man fest, dass die Bereitschaft im SR nicht da ist, um andere Wege zu gehen und zu verzichten und einmal im Jahr an einem Tag den Raum für einen autofreien Sonntag zu geben. Burgdorf ist Fussgänger- und Velomodellstadt. Nur schon in Bezug auf diesen Umstand geht es nicht um eine Profilierung oder ein weiterer Medienauftritt. Es geht darum, eine Challenge zu machen und bei den 365 Tagen im Jahr einmal einen anderen Weg bezüglich Motorisierung zu gestalten und zu leben. Ob man es in Burgdorf will, entscheidet die politische Diskussion. Man wehrt sich jedoch vehement gegen das Argument, dass es aufgrund des Medienauftritts ist. Zum Glück ist nicht Wahljahr.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man lesen konnte, dass ein autofreier Sonntag der Bevölkerung in Burgdorf guttut. Das passt gut in die Zeit, als einzelne Parteien immer für sich das Wissen beanspruchen, was guttut und zu machen ist in der Bevölkerung. Der überbeanspruchte Ausdruck Nachhaltigkeit, wenn er einmal fehlt am Platz ist, ist es hier bei dieser Vorlage. Der Aufwand und Nutzen eines solchen autofreien Sonntags stehen in keinem Verhältnis. Das lässt sich wirklich nicht abstreiten. Es ist einmal mehr ein unnötiger Symbolakt, der suggeriert, dass sich die Bevölkerung nach einem solchen Tag sehnt. Wenn man dann noch liest, dass es die Lebensqualität einer Stadt erhöht, lehnt man sich weit hinaus. Wenn es gute Gründe gibt etwas anzupacken, durchzuführen, einzuführen und auszulösen, ist auch die FDP-Fraktion kaum von Gegenargumenten abzubringen.

Jeder weiss, dass es meistens aus Bequemlichkeit, Verunsicherung oder Angst vor Veränderungen sich immer Gründe finden lassen, etwas nicht zu machen. Aber bei dieser Vorlage hat man keine Pedallänge fertig gedacht. Man muss bedenken, was die unrealistische Umsetzung auf Stadtgebiet wieder an zusätzlichem Arbeitsaufwand und Kosten auslöst sowie personelle Ressourcen der Stadt Burgdorf bindet. Man war der Meinung, dass man sich im SR einig war und dies zu schonen gilt. Natürlich ist es das demokratische Recht, solche Aufträge im SR einzubringen. Es stört jedoch viel mehr, dass sich der GR einmal mehr biegt und wendet und den Wortlaut wieder zustande bringt, damit dieser dem SR zur Annahme vorgelegt werden kann. Das hat aus Sicht der FDP-Fraktion mit einer seriösen Sachpolitik überhaupt nichts mehr zu tun. Hier geht es einzig und alleine darum die Folgschaft zu bedienen und zu belohnen, koste es was es wolle. Diese Einstellung findet die FDP-Fraktion ist für die Stadt Burgdorf nicht zielführend. Gerade die EVP kann man nicht verstehen, weil sie ihrer Gemeinderätin mit diesem Auftrag keinen Gefallen machen. Man weiss nicht, was Gemeinderätin Kuster Mülller Beatrice dazu gesagt hat. Der finanzielle Druck beim GR ist eher so, dass man Leistungen abbaut, die man nicht unbedingt braucht. Mit Sicherheit soll jetzt nicht so etwas Unnötiges mit solchen Kostenfolgen angeboten werden. Die FDP-Fraktion bittet den SR im Sinn einer ehrlichen Sach- und Finanzpolitik den Auftrag abzulehnen. Es ist ein konsequenter und wichtiger Weg in Burgdorf. Dazu gehört auch eine hohe Lebensqualität, aber auch gesunde Finanzen.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass sie heute ausnahmsweise nichts sagen wollte, aber die Voten lassen ihr leider keine andere Wahl. Die Eigenverantwortung wahrzunehmen, ist etwas Wunderbares und Tolles und sollte von allen verlangt werden dürfen. Eineinhalb Jahre Pandemie haben uns aber gezeigt, dass es nicht funktioniert. Es funktioniert schlichtweg nicht. Es wäre auch wünschenswert, wenn man aktive Quartiervereine in Burgdorf hätte, die von sich aus die Initiative ergreifen und solche Tage einführen. Fakt ist aber, dass die Quartiervereine es nicht gemacht haben. Man kann das Ganze auch noch juristisch debattieren, wer ist zuständig für welche Strassen. Wohin gehört die Zuständigkeit bei Kantonsstrassen und welche Teile der Strassen gehören in die Gemeindezuständigkeiten? Was darf ein Quartierverein von sich aus überhaupt machen? In diesem Sinn vertraut man der Vernunft des GR, der nicht von horrenden Kosten schreibt, sondern davon, dass ein Konzept erstellt wird. Der GR sagt auch klar, dass es Ziel ist die Quartiervereine miteinzubeziehen und ihnen die Organisation zu überlassen. Von völlig horrenden Kosten zu sprechen, muss abgelehnt werden. Die SP-Fraktion stimmt dem Auftrag zu.

Stadtrat Schaffer Manfred teilt mit, dass er Vorstandsmitglied des Quartierleistes Nord ist und nun froh ist, den Steilpass zu erhalten mit dem Konzept des GR. Man kann sicher sein, dass im Norden etwas passieren wird. Es ist sehr kompliziert gewisse Veranstaltungen zu organisieren. Deshalb ist man froh, wenn gewisse Vorarbeiten durch die Stadt Burgdorf geleistet werden. Man dankt bereits jetzt für die Erstellung des Konzeptes.

Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin informiert über das weitere Vorgehen. Zuerst wird der Wortlaut bereinigt und danach wird über die Annahme des Auftrages abgestimmt.

Abstimmung

Wortlaut Auftrag: 1 Stimme

Der Gemeinderat wird beauftragt, einen jährlich wiederkehrenden, autofreien Sonntag ("carfree day") auf Stadtgebiet einzuführen.

Wortlaut GR : 16 Stimmen

Der Gemeinderat erstellt ein Konzept für die Durchführung eines jährlich wiederkehrenden autofreien Sonntags ("carfree day") auf Teilen des Stadtgebiets.

Enthaltungen: 19 Stimmen

Abstimmung

Annahme Auftrag mit Wortlaut GR

Beschluss

Der Stadtrat lehnt mit 17 Ja und 19 Nein Stimmen den Auftrag ab.

SRB: 2021-525 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

Auftrag SP-Fraktion betreffend „Problematik Ausbau BLS - Werkstätte im Westen von Bern und Alternativstandort Oberburg“

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass die Zusammenarbeit und der Austausch mit der BLS läuft. Der Auftrag hat Richtliniencharakter. Der GR ist bereit, den Auftrag entgegenzunehmen. Der GR verhandelt bei verschiedenen Projekten im Perimeter des Bahnhofes von Burgdorf mit der BLS.

Stadtrat Schaffer Manfred, namens der SP-Fraktion, dankt Stadtpräsident Berger Stefan für seine Ausführungen. Die SP-Fraktion ist zufrieden mit der Antwort und ist froh, dass Stadtpräsident Berger Stefan am Ball ist.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, ist erstaunt, dass der Auftrag durch die SP eingereicht wurde. Anfang Oktober hat die SP in der BZ vom 5. Oktober 2021 Bedenken zum Ausbau vom AMP geäußert. Dies, weil das AMP in einer hochsensiblen Zone liegt und eine Verschmutzung des Grundwassers stattfinden kann. Das gleiche gilt auch für das Areal der BLS Werkstatt in Oberburg. Das liegt analog des AMP über dem Grundwasserstrom der Stadt Burgdorf unmittelbar neben der Emme in einer Gefahrenzone und angrenzend an das Naturschutz- und Naherholungsgebiet Oberburgschachen. Einmal mehr hat man den Verdacht, dass die SP medienwirksame Themen wie zum Beispiel den Grundwasserschutz vorschiebt, um ideologische Ziele wie zum Beispiel der Abschaffung der Armee näher zu kommen. Dass die gleiche Partei dem Grundwasserschutz weniger Beachtung beimisst, wenn es um

den öffentlichen Verkehr geht, irritiert. Diesen Slalomkurs kann man nicht nachvollziehen. Es wird ein Beispiel zur Grundwasserverunreinigung gemacht. Vor nicht allzu langer Zeit, im April 2019, ist die Wasserversorgung in Burgdorf durch auslaufendes Dieselöl aus einem Dieselzug bedroht worden. Nur durch schnelles Handeln und mit grossem Aufwand konnte eine Trinkwasserverunreinigung von Burgdorf verhindert werden. Aus diesem Grund hat die Mitte-Fraktion Bedenken bezüglich des Standortes für den Ausbau der BLS Werkstatt in Oberburg. Allerdings ist es heutzutage schwierig einen geeigneten Standort für industrielle Grossprojekte zu finden. Im Westen von Bern im Chliforst Nord würde die BLS Werkstatt auf grüner Wiese neu gebaut, was bekanntlich auf grossen Widerstand stösst. Unter diesen Umständen wäre ein Ausbau in Oberburg in einer erschlossenen Industriezone für die BLS vermutlich einfacher. Die Mitte-Fraktion kann sich einen solchen Ausbau nur vorstellen, wenn sämtliche Gefahren beachtet werden und das Grundwasser sowie das Naherholungsgebiet keinen Schaden nehmen. Bei einem allfälligen Ausbau der BLS Werkstatt muss dem schönen und heiklen Gebiet mit entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen Rechnung getragen werden. Die Mitte-Fraktion lehnt den Auftrag ab.

Stadtrat Maier Elias, namens der FDP-Fraktion, legt zu diesem Geschäft seine Interessen offen. Stadtrat Maier Elias arbeitet bei der Burgergemeinde Bern. Die geplante BLS Werkstatt im Chliforst wäre auf rund 14 Hektaren Kulturland und Wald der Burgergemeinde Bern geplant. Die Burgergemeinde Bern wird gegen das Projekt Chliforst Einsprache machen. Entsprechend gross ist auch das Interesse von Stadtrat Maier Elias, dass es einen sinnvolleren alternativen Vorschlag zum Chliforst geben würde. Der Auftrag der SP-Fraktion, die sich einmal für den Wirtschaftsstandort Burgdorf einsetzt, wäre eigentlich erfreulich. Der gut gemeinte Auftrag ist aber nicht stufengerecht und ein Präzedenzfall. Man kann dem GR nicht sagen mit wem er das Gespräch führen soll, das wird der GR so oder so machen. Der GR ist ja im Gespräch mit der BLS und man hofft, dass das Projekt noch nicht ganz gestorben ist vom Headquarter, das in Burgdorf geplant war. Für den Erhalt der bestehenden Werkhalle ist auch die FDP-Fraktion grundsätzlich zu haben. Was aber auch wichtig ist, ist der Anschluss des ganzen öV-Systems. Man spricht bereits von einem 7-minuten Takt, den es nach Burgdorf geben soll. Wenn man eine weitere Werkstatt plant, sollte am Schluss nicht das öV-System darunter leiden, damit eine wertschöpfungs-schwache Werkstätte gebaut werden kann und allenfalls die Trassekapazität noch einschränkt. Die FDP-Fraktion wird den Auftrag ablehnen.

Stadtrat Dür Hermann beantragt aufgrund der gemachten Voten eine Pause, damit diese besprochen werden können.

Stadtratspräsident Fankhauser Karin stimmt einer fünfminütigen Pause zu.

PAUSE

Stadtrat Aeschbacher Yves, namens der SP-Fraktion, reagiert auf das Votum von Stadtrat Aebi Roger. Es ist faszinierend, wie man ein BLS-Geschäft plötzlich mit Gewässerschutz in Verbindung bringt. Man könnte es nun umkehren und sagen, dass der Gewässerschutz der Mitte-Fraktion bei der Armee völlig unwichtig war, aber bei der Bahn könnte man medienwirksam der SP-Fraktion vorhalten, dass sie nicht auf die Umwelt schauen will. Eine solche Argumentation ist unlauter. Man könnte auch sagen, dass man der Armee auf Teufel komm raus mehr Platz verschaffen möchte für Tankanlagen, aber auf einen Zug warten will man auf gar keinen Fall.

Abstimmung

Annahme des Auftrags.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 29 Ja und 7 Nein Stimmen den Antrag.

SRB: 2021-526 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

Auftrag Grünen, EVP, Grünliberalen und SP Burgdorf betreffend Klimanotstand in der Gemeinde Burgdorf

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass es bald eine Tradition ist, dass im Dezember das Thema Klima auf der Traktandenliste des SR steht. Heute zum dritten Mal in Folge. Vor einem Jahr hat Gemeinderat Bucher Theophil die KlimaVision30 vorgestellt und vor zwei Jahren wurde der Auftrag betreffend Klimanotstand vom SR überwiesen. Mit der Überweisung dieses Auftrages konnten die Ziffern 1 und 3 sofort abgeschrieben werden. Die Ziffer 2 jedoch nicht, da dieser Punkt noch nicht erfüllt war. Der GR hat damals versprochen, dass die Zielsetzung der Klimaneutralität in die Legislaturplanung 2021-2024 aufnimmt und dieses Ziel auch Grundlage für das Entwicklungsleitbild der Stadt Burgdorf sein wird. An dieser Stelle wird auf das Projekt Burgdorf 2035 verwiesen. Heute steht nicht der Auftrag selber, sondern lediglich die Abschreibung der Ziffer 2 zur Debatte. Die Legislaturplanung 2021-2024 ist in Kraft und sie berücksichtigt den vom SR ausgerufenen Klimanotstand. Der Prozess für das Entwicklungsleitbild Burgdorf 2035 ist neu aufgegleist. Der Kickoff ist erfolgt. Der GR beantragt deshalb, dass jetzt auch der Punkt 2 des Auftrages betreffend Klimanotstand als erfüllt abgeschrieben wird.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass wohl nicht alle das Protokoll vom Dezember 2019 gelesen haben. Das Protokoll war leider nicht in den Grundlageakten aufgeschaltet. Es wird gebeten, die Akten in Zukunft entsprechend zu ergänzen. Der SR hat damals den Auftrag an den GR überwiesen und die Punkte 1 und 3 abgeschrieben. Heute geht es nur noch um den Punkt 2. Es war amüsant, die Voten nachzulesen wie zum Beispiel, dass der Auftrag als populistisch abgetan wurde. Klar ist ein Auftrag, der konkreten Forderungen der Klimajugend aufnimmt, volksnah und populistisch. Das hatte man auch der vollen Tribüne angesehen. Heute sind es ein bisschen weniger Besucher, aber immer noch sehr erfreulich. Zu dieser Zeit war Corona noch ein Bier. Der Coronavirus ein Wagenlenker und zusammen mit Bacillus im Original Astérix et la Transitalique unterwegs gewesen. Oder wie er für ein paar Leute ein verbreiteter Pfnüselvirus war. Damals hat man im SR gehört, dass es nicht aufgeht, dass die Stadt Burgdorf dazu beitragen kann, um die Bedingungen zu verbessern. Also Überschwemmungen, Hangrutsche oder untergehen von Inseln aufgrund der Erhöhung des Wasserspiegels. Ein paar Monate später hatte Stadtrat Käsermann Fabian ein déjà vu, als er gehört hat, dass einige gesagt haben es brauche keine Massnahmen um die Bedingungen zu verbessern damit es weniger Tote aufgrund des Virus gebe. Zum Glück hat mehrheitlich ein Umdenken stattgefunden. Ähnlich wie das

Einsehen, dass die globale Erwärmung mit den Auswirkungen auf das Klima und lokale Umweltereignisse nicht einfach eine Verschwörungstheorie ist. Trotz der Lernfähigkeit sieht man aber immer noch, dass kurzfristige Finanzplanung und langfristige Kosten ausblenden weit verbreitet ist. Man sieht hier wie an anderen Orten eine grosse Zurückhaltung bei der Umsetzung von konkreten Massnahmen. Warum sollen gerade wir anfangen? Genau deshalb reicht die gute und sinnvolle Planung, die vom GR auf dem Tisch liegt, noch nicht um den Punkt 2 des Auftrages abzuschreiben. In die Planung gehört auch ein Konzept, wie die Begleitung aussieht. Oft braucht man dabei einen neuenglischen Ausdruck wie Benchmarking, ein Vergleich mit den Besten was man machen kann, oder Controlling, eine Begleitung des Projektes und was geplant und umgesetzt wurde sowie was umgesetzt werden könnte. Weiter sind noch das Reporting und die Kommunikation, also transparent erzählen oder zumindest zugänglich machen, was gemacht wurde. Zu diesem Punkt hat die SP-Fraktion schon mehrmals Verbesserungen im Zusammenhang mit dem Energierichtplan gewünscht. Zum Beispiel eine transparente Information, die weiter geht als die knappen Punkte im Geschäftsbericht. Es wird in der Vorlage auf die Legislaturplanung verwiesen, wo das Entwicklungs- und Energieleitbild eingebettet worden ist. Es wird übersichtsmässig auf die verschiedenen Strategien und Pläne verwiesen, wie zum Beispiel Eigentümerstrategie Localnet AG, Massnahmenblätter des Energierichtplanes oder Umsetzung der Klimavision. Die Klimavision30 ist als Strategiepapier das Dokument, um den Punkt 2 des Auftrages zu erfüllen. Man findet dabei viele gute geplante Massnahmen und Informationen, die man verdankt. Bezüglich der Strategie und Zielsetzungen hat man momentan nichts zu bemängeln. Vielleicht hier ein paar Rückmeldungen. Es ist gut zu sehen, dass verschiedene Personen aus der Bevölkerung bei der Klimajugend einbezogen wurden. Man sieht auch, dass das Erdgas als einer der wichtigsten Punkte zur Senkung von Co2-Ausstoss erwähnt wird. Für die Umsetzung soll unter anderem die Eigentümerstrategie der Localnet AG und das Leitbild Energie überarbeitet werden. Deshalb ist es auch die Aufgabe des SR dazu dem GR Richtlinien in Form von Aufträgen zu machen, welche in die Strategie einfliessen sollen. Gemäss Zeitplan sollen die beiden Strategiepläne bis Ende 2022 erarbeitet sein. Man hat bis jetzt noch nichts gehört oder gesehen. Dann wäre man wieder bei der Planung von der Begleitung, wo wie bereits erwähnt, Benchmarking, Controlling und Reporting dazu gehören. Das ist in der Klimavision zu wenig klar definiert. Genau dieser Teil gehört dazu. Deshalb soll der Punkt 2 nicht abgeschrieben werden. Man verlangt daher über den Punkt 4 separat abzustimmen. Die SP-Fraktion lehnt die Abschreibung des Auftrages wie im Antrag 4 gefordert ab. Auch wenn der Auftrag abgeschrieben werden sollte, hofft man, dass die erwähnten Punkte Gehör finden und aufgenommen werden. Man wünscht sich mehr Informationen und Transparenz zur Umsetzung.

Abstimmung

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der Ausrufung des Klimanotstandes.
2. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der Klimavision30 und den 27 Teilzielen der Strategie.
3. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von Weisung Klima Force der Stadt Burgdorf.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

Abstimmung

4. Abschreibung des Auftrages.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 26 Ja und 10 Nein Stimmen den Antrag.

SRB: 2021-527 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

**Wahl des Stadtratsbüros 2022
der Präsidentin / des Präsidenten
der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten
der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten
von 2 Stimmzähler**

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin teilt mit, dass an der heutigen Stadtratssitzung das Stadtratsbüro für das Jahr 2022 gewählt wird.

Wahl der Präsidentin / des Präsidenten

Stadträtin Blaser Julia, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass im Dezember 2019 die Grünen-Fraktion auf eine Kandidatur verzichtet hat und im Vorfeld zur Sitzung mit der EVP-Fraktion das Gespräch gesucht, ob man eine Kandidatin für das Stadtratspräsidium 2022 aufstellen möchte. Die EVP-Fraktion dankt an dieser Stelle der Grünen-Fraktion. Die EVP-Fraktion schlägt dem SR die amtierende Vizestadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther zur Wahl als Stadtratspräsidentin für das Jahr 2022 vor. Stadträtin Liechti-Lanz Esther wurde im November 2016 in den SR gewählt und ist seither ein engagierter Teil dieses Gremiums. Sie ist aber nicht nur politisch im Dienst der Burgdorferinnen und Burgdorfer. Neben ihrer Tätigkeit im SR und in der Sozialkommission ist sie aktiv im Quartierverein Schlossmatt, im offenen Haus der Reformierten Kirche und arbeitet mit Herzblut als Pflegefachfrau im Spital Emmental. Die Liste ist bei weitem nicht abschliessend. Ihre verschiedenen Engagements nimmt sie als Bereicherung wahr, politisiert gradlinig und selbstlos und bleibt sich dabei immer selber treu. Sie stellt sich nicht in den Vordergrund, sondern immer die Sache und den Dienst an der Gesellschaft ins Zentrum. Die EVP-Fraktion ist dankbar, dass man Liechti-Lanz Esther hat und man sie heute zur Wahl als Stadtratspräsidentin aufstellen kann. Die EVP-Fraktion bittet den SR um Unterstützung und dankt für die Wahl von Liechti-Lanz Esther.

Beschluss

Der Stadtrat wählt mit 35 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung Liechti-Lanz Esther als Stadtratspräsidentin 2022.

Wahl der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, schlägt als 1. Vizepräsident Greisler Yves vor. Er hat bereits das Amt des 2. Vizepräsidenten im Jahr 2021 bekleidet und ist zudem in der zweiten Legislatur als Mitglied der GPK. Man hofft und dankt für die Stimme für Greisler Yves als 1. Vizepräsident.

Beschluss

Der Stadtrat wählt mit 35 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung Greisler Yves als 1. Vizepräsident.

Wahl der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, schlägt als 2. Vizepräsidentin Vogt Anette vor.

Beschluss

Der Stadtrat wählt mit 35 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung Vogt Anette als 2. Vizepräsidentin.

Wahl von 2 Stimmenzählern

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, schlägt als Stimmenzählerin Maurer Roschi Franca vor. An der letzten Fraktionssitzung hat man den Vorschlag evaluiert und es ist nach wie vor so, sie kann fehlerfrei bis auf 20 zählen.

Stadträtin Kalbermatten Mirjam, namens der SVP- und EDU-Fraktion, dankt der GLP-Fraktion für den Verzicht auf das Amt als Stimmenzähler. Die SVP-Fraktion möchte der Kleinstpartei EDU mit Stadtrat Wüthrich Urs die Möglichkeit geben im Stadtratsbüro Platz zu nehmen. Die SVP- und EDU-Fraktion schlägt Wüthrich Urs als Stimmenzähler vor.

Beschluss

Der Stadtrat wählt mit 35 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung Maurer Roschi Franca als Stimmenzählerin.
Der Stadtrat wählt mit 35 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung Wüthrich Urs als Stimmenzähler.

Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin gratuliert den Gewählten und wünscht viel Freude im Amt.

SRB: 2021-528 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag Die Mitte, FDP und SVP betreffend „Finanzen ins Lot zu bringen“
- Auftrag SP-Fraktion betreffend "Senkung Mindestalter Jugend-/Ausländerantrag"
- Dringliche Überparteiliche Motion SP, Grünen, Die Mitte, EVP und Mitunterzeichnende betreffend "Corona-Schutzmassnahmen an den städtischen Schulen"
- Motion SP-Fraktion betreffend "Pandemie-Bewältigung an den städtischen Schulen"
- Interpellation GLP-Fraktion betreffend Gebäude als Kraftwerk

Stadträtin Kalbermatten Mirjam, namens der SVP-Fraktion, dankt Stadtrat Gfeller Fritz für sein Engagement im SR recht herzlich. Er wird in der Fraktion noch offiziell verabschiedet.

Stadtrat Stettler Andreas, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin heute nicht nur ihre letzte Stadtratssitzung als Präsidentin, sondern auch als Stadträtin hat. Am 6. Februar 2012, also vor 10 Jahren, hat sie an der ersten Stadtratssitzung teilgenommen. Von 2017 bis 2020 war sie Mitglied der GPK. Im Jahr 2019 war sie 2. Vizepräsidentin und 2020 1. Vizepräsidentin. Im Jahr 2021 war sie nun Stadtratspräsidentin. Das besondere an der ersten Sitzung im Februar 2012 war, dass alle Mitglieder des GR jetzt nicht mehr aktiv sind und zugleich haben drei Mitglieder des SR gefehlt, davon sind zwei jetzt im GR und einer wurde zum Stadtratspräsident gewählt. Das zeigt, wenn man Chancen haben möchte und eine steile politische Karriere machen möchte, muss man bei den entscheidenden Sitzungen nicht anwesend sein. Wer damals zur Eröffnung der Stadtratssitzung gesprochen hat, war Berger Stefan, der nun Stadtpräsident ist. Vielleicht muss man doch an der wichtigen Sitzung dabei sein, um die Chance zu wahren, Stadtpräsident zu werden. Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin hat die FDP-Fraktion 10 Jahre lang unterstützt, sich eingesetzt und gute Wortmeldungen gemacht. Für das leibliche Wohl in der Fraktion hat sie ebenfalls gesorgt. Die Stadtratssitzungen hat

sie zielstrebend und kompetent geführt, war immer gut vorbereitet und hat beeindruckende Ansprachen gehalten. Auf die Schlussworte ist man gespannt. Sie hat auch an zwei Fraktionensitzungen geschaut, ob es Verbesserungsmöglichkeiten zum Prozess gibt. Sie hat den SR in einem spannenden Präsidialjahr mit gutem Engagement geführt. Der SR dankt ihr dafür sehr. Sie hat heute auch dafür gesorgt, dass es eine Überraschung gegeben hat. Sie war sicher enttäuscht, dass das Abschiedsfest abgesagt werden musste. Mit dem Überraschungsgast Mägi Hene konnte wenigstens eine kleine Showeinlage präsentiert werden. Es zeigt auch, wo ihr Herz schlägt, sie hat auch gerne Theater gemacht. Sie verlässt nicht nur den SR, auch mit der Aufgabe des Theater Z verliert Burgdorf eine wichtige Institution. Sie hat das Theater Z mit ihrer Zwillingsschwester Claudia geführt. Ob die Verbindung Theater und SR einen Zusammenhang hat, hat sie nie verraten. Sie hat ihren Job aber sehr gut gemacht. Besonders erwähnenswert ist auch, dass das Theater Z ohne Fördergelder geführt wurde, was ein absolutes Novum ist. Man weiss nicht, was sie nun mit ihrer freien Zeit machen wird. Ihre Zwillingsschwester Claudia wird Nachfolgerin im SR. Im Namen des SR ganz herzlichen Dank für das Engagement.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, überreicht Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin einen Blumenstraus und eine Kiste Wein mit dem Namen Ladykracher. Der Burgdorfer Wein ist erst am Entstehen und zwar als Rebbaugenossenschaft Burgdorf. Von der ersten Abfüllung des Burgdorfer Weines erhält sie dann eine Flasche als Präsent für ihr Präsidialjahr im SR.

Schlussworte Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin

Liebe Anwesende. 7'392 Stunden sind vergangen seit ich vor euch in der Markthalle meine erste Ansprache als frischgebackene Präsidentin des Burgdorfer Stadtrates gehalten habe. Jetzt hocke ich wieder vor euch, um mich als höchste Burgdorferin zu verabschieden. Ich verspreche euch, viele weitere Stunden kommen nicht dazu. Als ich das Amt angetreten habe, habe ich gesagt, dass ich mich freue mit euch zusammen in Burgdorf vor Ort zu schaffen. In den letzten zehn Monaten sind wir bei vielen Projekten weitergekommen. Ich denke dabei an das effizientere Zusammenarbeiten im Stadtrat. An anderen müssen wir weiterhin schaffen. Dabei denke ich vor allem an unsere Stadtfinanzen. Etwas ist aber leider gleichgeblieben, aber dafür kann niemand von uns Anwesenden etwas. Wir müssen uns heute am 13. Dezember 2021 immer noch maskiert und distanziert begegnen wie damals am 8. Februar 2021. Damit ist aber jetzt genug mit dem Negativen. Von meinem Logenplatz aus konnte ich an jeder Sitzung feststellen, dass der Wille parteiunabhängig und gemeinsam nach Lösungen zu suchen nach wie vor vorhanden ist. Bei unseren Diskussionen hat es immer wieder den einen oder anderen Remppler gegeben, aber alles in allem, habt ihr, liebe Stadträtinnen und Stadträte, eure Debatte sachlich, zielorientiert und vor allem mit viel Respekt voneinander geführt. Meine grösste Freude und Ehre war es das Parlament durch seine Sitzungen zu führen. Aber ich habe mich auch immer gefreut, wenn ich mein Amtszimmer verlassen konnte und die Stadt Burgdorf offiziell vertreten konnte. Im Frühling, Sommer und Herbst habe ich Besucherinnen und Besucher vom Jardin des Vins, vom Openair Kino, vom Kulturapéro, von der Fotoausstellung Momentaufnahmen und vom Petanqueturnier Burgdorf willkommen geheissen. Dank der Verleihung des goldigen Nachhaltigkeitspreises an Rita Brodmanns Schirmwelt bin ich sogar zu einem Auslandeinsatz in Zürich gekommen. Die Menschen, die ich als Stadtratspräsidentin treffen durfte, haben auf mich durchs Band einen aufgestellten Eindruck gemacht. Sie haben es genossen wieder einmal mit anderen Leuten zusammen zu sein, Gedanken auszutauschen und darüber zu staunen, was sich trotz der vielen Einschränkungen und Auflagen, welche die Pandemie mit sich gebracht hat und immer noch bringt, auf die Beine stellen lässt. Von der Lebensphase, die heute zu Ende geht, konnte ich menschlich mehr profitieren als politisch. Dafür, dass ihr mir die Gelegenheit gegeben habt, danke ich euch von ganzem Herzen. Ein besonderer Dank geht an Brigitte Henzi und Stefan Ghioldi. Sie waren immer eine grosse Hilfe und eine riesen Unterstützung. Ein grosser Dank geht auch an meine Vizepräsidentin Esther Liechti-Lanz. Ein weiterer Dank geht an meine Fraktionsspändli. Die nächsten Sätze wollte ich eigentlich an der SR-Jahresschlussfeier sagen, aber

das fällt leider aus. Ich wünsche euch allen, in diesem eher geschäftlichen Rahmen, einen entspannten, besinnlichen und friedlichen Abschluss von diesem eher merkwürdigem Jahr und ein glatter Rutsch in ein rundum glückliches 2022. Ich werde das neue Jahr nicht mehr als Burgdorfer Stadträtin erleben. Nach zehn Jahren trete ich aus dem Gremium zurück und ich darf das mit dem beruhigenden Gefühl machen und mit dem Wissen, dass meine Nachfolgerin sich mit genau so viel Herzblut, Elan und Interesse für Burgdorf und seinen Burgdorferinnen und Burgdorfer engagieren wird. Daran habe ich nicht den geringsten Zweifel, weil Claudia Fankhauser ja meine Zwillingsschwester ist. Dass ein Zwilling im Parlament den Sitz des anderen übernimmt, dürfte schweizweit einmalig sein. Das passt doch tiptop zu Burgdorf. Jetzt habe ich als höchste Burgdorferin wirklich nichts mehr zu sagen. Heits guet und machets guet!

Stadträtin Liechti-Lanz Esther teilt mit, dass Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin am 8. Februar 2021 die erste und heute die letzte Stadtratssitzung geleitet hat. Ein weiteres Mal mit grosser Souveränität, Kompetenz und mit Humor. Dank der Fähigkeit Inhalte klar zu kommunizieren, war der SR auch bei hitzigen Debatten auf Kurs. Sie hat den Rahmen gesteckt und interveniert, wenn Ausführungen zu lang waren. Wir schauen zurück auf ein weiteres bewegendes Jahr. Die Pandemie ist leider nach wie vor da. Dem ganzen aber etwas Gutes abgewinnen, dazu hat sie den SR in der Antrittsrede aufgefordert und mit einem Augenzwinkern, das typisch für sie ist, Vorschläge gemacht wie zum Beispiel Lisme lernen, malen oder Chinesisch lernen. Man weiss nicht, was umgesetzt wurde. Der SR hat aber vermehrt das online Tool benützt und entsprechende Rückfragen deponiert. Der SR hat einen Fortschritt gemacht und dies dank der Vorsitzenden. Im Namen des SR dankt Stadträtin Liechti-Lanz Esther für die grossartige geleistete zusätzliche Arbeit als Stadtratspräsidentin 2021. Wie wir vernommen haben, tritt sie auch als Stadträtin zurück, was sehr bedauert wird. Es wird auch bedauert, dass der Abschluss nicht entsprechend gefeiert werden kann. Der SR dankt ihr für ihren Einsatz und überreicht ihr das Geschenk als Erinnerung für ihr Präsidialjahr.

Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin dankt für die netten Worte und beendet somit die Stadtratssitzung.

Burgdorf, 14. Januar 2022

Namens des Stadtrates:



Karin Fankhauser
Stadtratspräsidentin



Brigitte Henzi
Protokollführerin